

Rentenanträge der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Am 24. Februar 2011 wurden im Deutschen Bundestag 19 Anträge der Partei DIE LINKE zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht debattiert. Wer die Möglichkeit dazu besitzt, kann diese Debatte im Internet (Videoarchiv des Parlamentsfernsehens des Bundestages) nachverfolgen. Höhepunkte dieser Parlamentsdiskussion stellten sowohl die eloquente Begründung der Anträge durch Dr. Gregor Gysi als auch der nachdenkliche und kompetente Redebeitrag von Ottmar Schreiner (SPD) dar, wobei sich letzterer wohl zuvom dem arroganten Auftreten mancher seiner Bundestagskollegen unterschied.

Die Überleitung des DDR-Rentensystems in die bundesdeutsche Rentenversicherung ist zweifellos angesichts der Komplexität und objektiv schwierigen Materie eine historische Leistung.

Die Mehrheit der Bestandsrentner der DDR aus dem Jahre 1990 hat von dieser Überleitung profitiert, weil sie einerseits Systemvorteile der DDR (nicht durch Arbeitslosigkeit gebrochene Rentenbiografien, höherer Beschäftigungsgrad der Frauen) und andererseits die großzügigen Rentenberechnungen der BRD für die Zeiten vor 1945 und unmittelbar danach in Anspruch nehmen konnte. Außerdem wurden durch die Höherbewertung von DDR-Einkommen die realen (besonders anfänglich extrem unterschiedlichen) Kosten der Lebenshaltung realistisch abgebildet. Die enormen Steigerungen bei Mieten, Energiekosten, Fahrpreisen, Lebensmitteln und Waren des Grundbedarfs, u.a. bedingt durch den Wegfall von Subventionen, waren nur auf diese Weise auszugleichen. Niedrige Mieten wurden übrigens nicht nur für »Wohnungen mit Wasserschäden« (Dr. Heinrich L. Kolb, FDP) sondern auch für Neubauwohnungen gezahlt, von denen in der DDR zwischen 1976 und 1987 jährlich jeweils mehr als 100.000 errichtet wurden.

Allerdings ist solchen Aussagen wie »Die Rentenüberleitung im Zuge der deutschen Einheit war, ist und bleibt die größte sozialpolitische Solidarleistung der Deutschen, die es je gegeben hat« (Peter Weiß, CDU/CSU) oder »Die Zusammenführung der Systeme ... stellt einen großartigen Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens im gemeinsamen Deutschland dar«

(Ottmar Schreiner, SPD) nur bedingt zuzustimmen, weil

- das Volksvermögen der DDR im Zuge der Vereinigung zu 85 % an westdeutsche Käufer, zu 9 % ins Ausland und nur zu 6 % an Ostdeutsche übereignet wurde,¹⁾
- das (extrem ungleich verteilte) Geld- und Immobilienvermögen der westdeutschen Haushalte von 1988 bis 1993 von 3.881 Mrd. DM auf 7.162 Mrd. DM anstieg, eine Entwicklung, wie sie weder davor noch danach wieder eingetreten ist.²⁾ Diese enormen privaten Einheitsgewinne kamen den öffentlichen Rentenkassen nicht zugute,
- dem inneren Frieden in Deutschland weiterhin eklatante Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung entgegenstehen, die die Partei DIE LINKE in ihren Anträgen thematisiert hatte.

Mehrere Debatten-Redner (z.B. Eckhardt Rehberg, CDU/CSU) verwiesen auf die niedrigen Mindest- und Durchschnittsrenten der DDR (Mindestrente 1983: 270,- Mark, 1984: 300,- Mark) und stellten sie den heutigen Renten gegenüber. Die DDR habe die Freiwillige Zusatzrentenversicherung 1971 eingeführt, weil man merkte, dass die normale Rente im Alter nicht mehr zum Leben reichte. Zahlreiche Rentnerinnen und Rentner seien gezwungen gewesen, nach Eintritt in das Rentenalter weiterzuarbeiten (Monika Lazar, Bündnis90/DIE GRÜNEN).

Zweifellos ermöglichten Mindestrenten in der DDR eine nur bescheidene Lebensführung. Die DDR kannte jedoch weder Obdachlose noch Bettler, niemand war gezwungen, Müllbehälter nach Essbarem oder Pfandflaschen zu durchwühlen, es bestand keine Notwendigkeit für Suppenküchen, wohltätige Tafeln oder Schuldenberatungen.

Auch im Bundestag wurden die üblichen unredlichen Vergleiche des heutigen Rentenniveaus in Ost und West fortgesetzt. So hätten 38 % der Männer und Frauen im Osten eine Monatsrente von größer oder gleich 1.050 €, im Westen nur 32 %. (Eckhardt Rehberg, CDU/CSU). Solche Rechnungen blenden nicht nur die durchschnittlich längeren Lebensarbeitszeiten der DDR-Frauen aus, sondern vor allem Pensionen und Betriebsrenten im Westen.

Wiederholt (z.B. durch Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/DIE GRÜNEN) wurde als Totschlagargument gegen Korrekturen der Rentenüberleitung angeführt, dass keine neuen Ungerechtigkeiten insbesondere gegenüber Westrentnern entstehen dürften. Das gültige Rentensystem kenne keine Sonderregelungen und sei für alle Personengruppen lohn- und beitragsbezogen (Peter Weiß, CDU/CSU). Privilegien einzelner Berufsgruppen in der DDR gegenüber anderen Berufsgruppen in der DDR dürften nicht in das gesamtdeutsche Rentenrecht übernommen werden. (Pascal Kober, FDP)

Solche Feststellungen bedürfen der konkreten Nachprüfung. Die Beitragsbezogenheit der Rente spielt offensichtlich bei der »Beschränkung von Privilegien für SED- und Stasibonen« (Dr. Heinrich L. Kolb, FDP) keine Rolle oder es wird als »realitätsfern« (Frank Heinrich, CDU/CSU) bezeichnet, »Anträge für Personengruppen mit großer Nähe zum Staat (DDR)« einzubringen.

Gezahlte Beiträge sind anscheinend auch kein Argument, wenn sie Zeiten betreffen, in denen Personen nicht berufstätig sein konnten, sich aber weiterversichert haben.

Auch ein Abweichen von der Beitragsbezogenheit führt nicht automatisch zu Ungerechtigkeiten. Eine rentenrechtliche Besserstellung von Krankenschwestern, Eisenbahnern, Post-Mitarbeitern oder Bergleuten aus der DDR würde z.B. nicht dazu führen, dass diese vergleichsweise höhere Renten erhalten würden als ihre Berufskollegen im Westen. Im Fall der geschiedenen Frauen würde überhaupt erst eine Gleichbehandlung erreicht.

Unstrittig ist, dass es auch im Westen einen Niedriglohnsektor gegeben hat. Es macht aber einen Unterschied, ob eine derartige Beschäftigung mit Zusagen hinsichtlich der Altersversorgung verknüpft war oder nicht.

Silvia Schmidt (SPD) verkündete: »Niemand wird Anträgen zustimmen, durch die die damals Staatsnahen begünstigt werden sollen. Das wäre eine Missachtung der DDR-Flüchtlinge«. Manche hätten ihr Leben geopfert, andere seien vor schweren Repressalien geflohen und seien nicht freiwillig übergewiedelt. Weitere Redner (z.B. Ottmar Schreiner, SPD) forderten eine rentenpolitische Besserstellung der DDR-Flüchtlinge. Hier wiederholt sich, was das Bundesverfassungsgericht bereits eindeutig verworfen hat: Die Begründung einer Ungerechtigkeit mit einer anderen. Im Übrigen sollte nicht unterschlagen werden, dass die überwiegende Mehrheit der DDR-Flüchtlinge nicht aus politischen, sondern aus rein wirtschaftlichen Motiven ihre Übersiedelung in die BRD anstrebt.

ISOR hat ausdrücklich nicht gegen Opferrenten polemisiert und stellt sich auch nicht gegen eine Besserstellung von DDR-Flüchtlingen, obwohl manche der betroffenen Personen dafür hinreichend Anlass bieten würden und selbst CDU-Politiker einen signifikanten Anteil von Kriminellen festgestellt haben.

>>> Fortsetzung von Seite 1

Nach Auffassung einzelner Redner (z.B. Frank Heinrich, CDU/CSU) seien die Einschätzungen der Fachleute in den Anhörungen zu den Rentenanträgen der Partei DIE LINKE »eindeutig«. Dabei sind aber offensichtlich nur die von Regierungsseite beauftragten Experten gemeint. Rentenexperten der Volkssolidarität oder der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde stützen in wesentlichen Punkten die vorgelegten Anträge.

In das Reich der Spekulation gehören Behauptungen, (z.B. Peter Weiß, CDU/CSU), wonach »eine bankrote DDR ... die zugesagten Leistungen nie und nimmer als Rente hätte auszahlen können«. Die Wirtschaft der DDR wuchs auch im Endjahr ihrer Existenz noch um reale 2,3%.³⁾ Die Staats Schulden in der DDR betragen 1989 je Staatsbürger umgerechnet 1.800 €, in der BRD 8.100 €, in Gesamtdeutschland 2010: 21.000 €.⁴⁾

Die Abstimmung über die Anträge der Partei DIE LINKE brachte keine Überraschungen. Alle Anträge, auch ein Antrag der GRÜNEN für eine bessere Versorgung der in der DDR vor dem 1. Januar 1992 Geschiedenen wurden durch die Regierungsfaktionen abgelehnt. Ansonsten enthielten sich die Abgeordneten der Partei B90/DIE GRÜNEN vereinzelt, der SPD häufiger bei der Abstimmung zu einzelnen Anträgen. DIE LINKE blieb bei ihrer Forderung nach Wertneu-

tralität des Rentenrechts isoliert. Die SPD, die eine solche Forderung 1995 schon einmal selbst erhoben hatte, konnte sich hierbei noch nicht einmal zu einer Stimmenthaltung durchringen.

Unabhängig davon wurde in der Debatte angemahnt, dass ein Rentenüberleitungs-Ab schlussgesetz im Koalitionsvertrag vereinbart wurde und weiter auf der Tagesordnung steht. Die SPD kündigte an, in diesem Rahmen ungelöste Fragen aufzugreifen, forderte eine Härtefallregelung und einen für solche Fälle einzurichtenden Fonds. Auch wenn die etablierten Parteien sich aus parteitaktischen Gründen gegen die Vorschläge DER LINKE stellen, können sie mit Rücksicht auf Wählerschichten objektiv existierende Rentenungerechtigkeiten nicht völlig ignorieren.

Insgesamt zeigt sich, dass weder die Legislative noch die Exekutive bereit sind, das Problem der Rentenungerechtigkeiten und ganz besonders das des Rentenstrafrechts zu lösen. Deshalb sind wir objektiv gezwungen, den Weg über die Sozialgerichte bis zum Bundesverfassungsgericht konsequent fortzusetzen.

¹⁾ Vgl. Klaus Blessing »Die Schulden des Westens« edition ost Berlin 2010, Seite 17

²⁾ ebenda, Seite 102, nach einer Studie der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt

³⁾ ebenda, Seite 63

⁴⁾ ebenda, Seite 61f

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand informierte sich über die einge reichte Beschwerde des ehem. Stellvertreters des Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Hans Reichelt, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen seine willkürliche Rentenkürzung nach § 6 (2), Ziffer 4 AAÜG. ISOR wird Dr. Hans Reichelt gemeinsam mit der GRH im Kampf gegen das Rentenstraf recht weiter solidarisch unterstützen.



Der Vorsitzende Horst Parton informierte über eine Beratung mit Rechtsanwalt Bleiberg zur Fortführung der bewährten konstruktiven Zusammenarbeit bei der juristischen Vertretung unserer Mitglieder.



Angesichts einer Debatte in der tschechischen Nationalversammlung über beabsichtigte Rentenkürzungen für ehemalige Funktionäre der Kommunistischen Partei und der Sicherheitsorgane der CSSR nach dem Muster des deutschen Rentenstrafrechts bekundete ISOR in einer Grubadresse an Ing. Karel Janda (Vorsitzender des Nationalrates des Klubs des tschechischen Grenzlandes) ihre Solidarität.

Bündnisse

Karl-Wilhelm Wolff, Mitglied des Beirates, Vorsitzender der TIG Neubrandenburg

Noch eines? Ja, noch ein Bündnis, und diesmal in Neubrandenburg, und ich möchte über unsere Arbeit informieren, eventuell auch mit Erfahrungen anregen.

Wir sind – mehr oder weniger – alle gleichermaßen Betroffene, wenn es um soziales Unrecht und soziale Kälte im Lande geht. Eingedenk der Erfahrung, dass man relativ leicht einzelne Finger brechen kann, nicht aber eine aus vielen Fingern bestehende Faust, haben wir uns nach gründlicher Diskussion in einem Bündnis zusammengefunden. Besonders als Ostdeutsche spüren und wissen wir, wie soziale Kälte uns immer ungeheuerlicher und frecher in die Zange nehmen will. Gerade die Älteren verspüren als Erste die materiellen und finanziellen Achterbahnen, die die Regierenden mit ihren Wählern fahren.

Es dürfte kaum eine Familie geben, die nicht von ständig steigenden Ausgaben und ebenso ständig sinkenden Einnahmen betroffen ist, sei es die Bildungs- und Beschäftigungspolitik, die sogenannte Gesundheitsreform mit ihren steigenden Arzneimittelkosten und sinkenden

Leistungen oder seien es Mieten und Sozialleistungen, – in allen Fällen geht es den Berg hinunter. Diese Rutschpartie wird von zunehmender Rücksichtslosigkeit und Gefühlskälte begleitet.

Es gehört auch eine große Portion Abgebrütheit und historische Ignoranz dazu, wenn gleichzeitig der deutschen Bevölkerung wieder ein Krieg schmackhaft gemacht werden soll. Tatsächlich sterben inzwischen fast täglich wieder deutsche Soldaten, nicht weil Grenzen Deutschlands in Asien oder sonst wo verteidigt werden müssten, sondern weil 65 Jahre nach einem von Deutschland verschuldeten verheerenden 2. Weltkrieg deutsches Kapital im globalen Poker um wirtschaftliche und politische Macht wieder mitmischen will!

Und leider – so scheint es – gewöhnen sich viele Menschen fatalistisch daran.

Wir meinen jedoch, dass heutige Rentner deutlich machen müssen, dass sie am eigenen Leib Krieg und Nachkriegselend erfahren haben und solcher Politik nicht folgen. Wahr ist, wenn wir nicht für unsere und die Rechte und Interes

sen unserer Kinder und Enkel selbst und unmittelbar eintreten, hilft uns niemand!

Eingedenk dessen haben wir bereits am 28. November 2008 nach vorheriger Diskussion eine Vereinbarung über gemeinsame Arbeit im Territorium getroffen. Wir, das sind die regionalen Strukturen der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) und der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), der »RotFuchs« – Förderverein, die Volkssolidarität Neubrandenburg / Neustrelitz und die TIG Neubrandenburg.

In unserer Vereinbarung sagen wir unter anderem, dass die den Vereinen und Verbänden gestellten Aufgaben eine Konzentration aller Kräfte erfordern. Deswegen gelte es insbesondere, sich gegenseitig bei der Lösung von sozialen und rentenrechtlichen Fragen zu unterstützen und gemeinsam gegen Unrechtmäßigkeiten zu kämpfen. Es gelte, den Informationsaustausch zu verbessern, die Vorbereitung und Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen und die gegenseitige Teilnahme an Versammlungen zu sichern und auch Vorträge und Fragen der Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam und abgestimmt zu organisieren. Die Organisation und Moderation der Verbände führt bei uns der Vorsitzende der GBM.

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

Unsere Vereinbarung bewährt sich und zeigt Ergebnisse, die es sonst kaum gäbe. Die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen und die wechselseitige Teilnahme an Versammlungen hat positiven Einfluss auf deren Qualität, der Aufwand »lohnt« sich eher und bringt unsere Themen in breiter Form in die Öffentlichkeit.

Nach rund einem Jahr gemeinsamer Arbeit zogen wir bereits eine positive Zwischenbilanz. In diesen 12 Monaten konnten wir eine Veranstaltung mit dem Oberbürgermeister (CDU) zu aktuellen kommunalpolitischen Fragen durchführen, aber auch gemeinsam mit unseren Bündnispartnern Egon Krenz und Rainer Rupp empfangen. Im Juni 2010 haben wir ein gemeinsames Dokument (»Position aus Neubrandenburg«) beschlossen und es an Abgeordnete versandt. Die verschiedenen Empfänger haben auch unterschiedlich reagiert, – von voller Zustimmung (Fraktion der Partei DIE LINKE,

Staatskanzlei des Ministerpräsidenten) bis zur Ablehnung, allerdings unter Akzeptanz und Anerkennung von Fakten (Fraktion der CDU im Landtag; Bundestagsabgeordnete der CDU). In diesem Papier fordern wir die Abschaffung von Rentenunrecht und weisen deutlich auf Altersarmut hin.

»Bitternis ist kaum zu übertreffen«, heißt es darin, »wenn die Beurteilung der Lebensarbeitszeit durch politische Parteien und öffentliche Einrichtungen nicht nach neutralen, sondern politischen, noch dazu unterschiedlichen Vorgaben erfolgt. Damit wird das Zusammenwachsen von West und Ost zumindest nicht gefördert.«

In unseren Beratungen geht es um reale Möglichkeiten der Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse. In Mecklenburg-Vorpommern sind am 4. September 2011 Landtagswahlen. Wir wollen aktuell versuchen, dass wir die jetzigen Landtagsfraktionen (außer NPD) und den Landesvorstand der Grünen mit ihren Vertretern an einen Tisch zu einem Podiumsge-

spräch bringen. In Vorbereitung darauf erhalten alle Abgeordneten ein Dokument »Unsere Meinung, oder irren wir uns?«, und wir erwarten die Wahlprogramme, um dazu in diesem Podiumsgespräch die Standpunkte zu hören und unsere Erwartungen deutlich zu machen. Im Dokument unseres Bündnisses heißt es u.a.:

»Den Kandidaten für eine Abgeordnetentätigkeit ist sicherlich deutlich zu machen, dass die Wähler die Arbeitgeber der Parlamentarier sind. Mehr als 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD ist es hohe Zeit, die politische, wirtschaftliche, soziale und weitere Gleichheit aller Bürger zu vollziehen. Scheuen wir uns also keinesfalls, denen auf Mund und Finger zu sehen, die im Auftrag der Wähler Politik machen.«

Weil wir der Meinung sind, dass unsere Kraft in der Gemeinsamkeit liegt, werden wir das Bündnis pflegen und wollen weitere Partner gewinnen. Wir haben keine Struktur, die auf dem Papier steht, sondern ein lebendiges, basisdemokratisches Bündnis im Territorium.

den Bundestag zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Die dazu mit Bürgern unseres Landes aus den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsbereichen geführten Dialoge bestätigen, dass das Interesse vieler Menschen an der Überwindung des seit der Wende in den Neuen Bundesländern praktizierten sozialen Unrechts wächst. Viele Fragen der Bürger an unsere Mitglieder zu den Ergebnissen der Petition geben uns die Möglichkeit, den Dialog zur politischen und sozialen Lage fortzusetzen und durch weitergehende Kontakte zu aktivieren. Karl-Heinz Schmalfuß hat in seinem Zwischenbericht (ISOR aktuell 3/2011) nachdrücklich auf die Erfordernisse und vielen Möglichkeiten des Dialogs 2011 hingewiesen.

Es reicht nicht mehr aus, unsere Mitglieder nur umfassend und aktuell über die Aufgaben und Ergebnisse des Kampfes von ISOR zur Beseitigung des Rentenstrafrechts in Mitgliederversammlungen zu informieren. Wir sind als TIG und Mitglieder von ISOR gehalten, den Dialog mit Bürgern aus unserem Umfeld zu führen, dabei überzeugend zu argumentieren und uns immer wieder zeitnah, inhaltlich und methodisch gemeinsam darauf vorzubereiten. Deshalb stellt sich unsere TIG die Aufgabe, regelmäßig in den Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und themenbezogenen Gesprächsrunden

- zu grundsätzlichen politischen Fragen unseres Kampfes,
- zu aktuellen Bezügen zur Situation im Land, unserer Region und Kommune,
- zum Zusammenwirken mit Verbündeten welche für soziale Gerechtigkeit und die ehrliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte eintreten und
- zu konkreten Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer Arbeit und des Auftretens unserer Mitglieder in der Öffentlichkeit

>>> Fortsetzung auf Seite 4



Aus unseren TIG

Einhundert Jahre Internationaler Frauentag waren für die Vorstände der TIG **Berlin-Hohen-Schönhausen, -Marzahn und -Hellersdorf** Anlass, eine würdige Feier für unsere Mitstreiterinnen zu organisieren. Eine Rose zur Begrüßung stimmte unsere Gäste auf die kommenden zwei Stunden ein. In der Begrüßung wurde auf die erste große Frauendemonstration in Berlin im Jahre 1911 eingegangen. Damals ging es um die Einführung des Frauenwahlrechts und um soziale Gerechtigkeit. Das Frauenwahlrecht wurde Jahre später eingeführt. Um soziale Gerechtigkeit geht der Kampf weiter. Dazu gehört unser Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Als vor 20 Jahren ISOR gegründet wurde, ahnte wohl kaum jemand, wie lang und mühselig dieser Kampf sein würde. Aber wir haben nicht aufgegeben und werden auch in Zukunft alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um das Rentenstrafrecht zu Fall zu bringen. Den Frauen wurde für ihre aktive Mitgestaltung und ihr »Stehvermögen« gedankt. Ein besonderer Dank galt den vielen Gruppenbetreuerinnen, Kassiererinnen und Mitgliedern der Vorstände, die einen entscheidenden Beitrag zur Aktionsfähigkeit unserer Organisation leisteten und leisten. Ausdrücklich wurde auch den Frauen gedankt, die ihren Dienst in der NVA, der Volkspolizei und der Zollverwaltung der DDR versehen haben. Ihre Rentenforderungen konnten im gemeinsamen Kampf weitestgehend durchgesetzt werden. Heute unterstützen viele von ihnen als ISOR-Mitglieder den Kampf der ehemaligen Mitarbeiter des MfS.

Als Gast für unsere Veranstaltung begrüßten wir die bekannte Schriftstellerin Gisela Steineckert.

Neben Auszügen aus ihrem neuesten Buch »IMMER ICH« brachte sie eine Vielzahl von Kostproben ihres literarischen Schaffens der letzten 60 Jahre. Mit großem Interesse wurde ihr Bericht über ihre Teilnahme an der Bundespräsidentenwahl 2010 verfolgt. Ein Bericht, der zum Schmunzeln verleitete, nachdenklich stimmte und Beifall hervorrief. Und hier die »Beifallpassage«: Frau Steineckert schilderte, mit welchen Gefühlen sie zu dieser Wahl ging »Zu einer solchen Aufgabe geht man nicht, ohne zu wissen, wen man ganz gewiss nicht wählen wird. Eine Persönlichkeit, zu der ich ein freudiges Ja gewusst hätte, war nicht im Angebot. Den einen kannte ich zu wenig, den anderen zu gut. Nicht persönlich, aber das tat auch nicht not«. Und dann, aufblickend von ihrem Text »wen ich nicht wählen konnte, wusste ich«. An dieser Stelle gab es spontanen Applaus. Mit Geschichten, Gedichten und Anekdoten fesselte sie beinahe zwei Stunden lang ihre Zuhörerinnen.

Dieser Nachmittag war für alle Teilnehmerinnen ein nachhaltiges Erlebnis und mit einem »auf Wiedersehen im nächsten Jahr« wurde die Veranstaltung beendet.

Wilhelm Remiarz



ISOR, meine TIG und ICH – welche Rolle spielen wir in dieser Gesellschaft? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns in der TIG Templin intensiv seit September des vergangenen Jahres. Ausgangspunkt waren die Erfahrungen bei der Sammlung von Unterschriften für die Petition an

>>> Fortsetzung von Seite 3

zu beraten und unter Nutzung der Erfahrungen aller Mitglieder Position zu beziehen.

Diese gemeinsam innerhalb der TIG erarbeiteten Positionen werden somit zur Grundlage für das Auftreten unserer Mitglieder nach außen. Grundsätzlich gehen wir dabei davon aus, dass unser Kampf gegen das Rentenstrafrecht Bestandteil des gemeinsamen Kampfes mit der Partei DIE LINKE und weiteren Verbündeten die Durchsetzung der im Grundgesetz formulierten Grundrechte zum Ziel hat. Wir bewegen uns folgerichtig vollständig im Rahmen der Aufgaben von gemeinnützigen Vereinen, deren Arbeit durch Steuerentlastungen gefördert wird. Die Nichtanerkennung von ISOR als gemeinnütziger Verein stellt eine weitere Diskriminierung unserer Initiativgemeinschaft dar, die uns aber nicht davon abhält, unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit aktiv weiter zu führen.

Der Erfolg der Arbeit einer TIG ist im hohen Maße von dem Engagement seines Vorsitzenden abhängig. Die erfolgreiche Arbeit der TIG Templin ist vor allem auf das aktive Wirken unseres langjährigen Vorsitzenden und Gründers Heinz Matzdorf zurückzuführen. Trotz natürlicher Fluktuation konnte durch sein Wirken und die Gewinnung neuer Mitglieder der Mitgliederbestand stabil gehalten werden. Alters- und gesundheitsbedingt hat Heinz Matzdorf im Februar den Vorsitz der TIG niedergelegt.

Er wird zukünftig die Arbeit des Vorstandes als Ehrenvorsitzender unterstützen. Anlässlich der Mitgliederversammlung vom 01.03.2011 haben wir Heinz Matzdorf im Beisein unserer Gäste Horst Hartrampf (im Auftrag des Vorstandes von ISOR) und Jochen Möllenberg (Vorsitzender der TIG Prenzlau) würdig verabschiedet. Im Grußschreiben des Vorsitzenden von ISOR wurde das unermüdliche Eintreten von Heinz Matzdorf für die Interessen unserer Initiativgemeinschaft umfassend gewürdigt. Zum neuen Vorsitzender der TIG Templin wurde Bernd Mitzlaff gewählt. Horst Hartrampf und Jochen Möllenberg informierten über den gegenwärtigen Stand des Kampfes von ISOR gegen das Rentenstrafrecht, die Vorbereitung des 20. Jahrestages von ISOR und das unterstützende Auftreten der LINKEN im Petitionsausschuss und im Bundestag zur Rentengerechtigkeit.

Karl Bauch



Die TIG Rügen führte am 12.03.2011 ihre jährliche Versammlung mit ihren Funktionären durch. Neben der Auswertung der am 05.03.11 durchgeführten Beratung der Beiratsmitglieder des Landes Mecklenburg-Vorpommern an der ich als TIG-Vorsitzender teilnahm, und der Vorbereitung des 20. Jahrestages von ISOR, nahm in der Diskussion aus gegebenem Anlass die Frage der Solidarität einen breiten Raum ein. Hintergrund ist, dass sich in unserer TIG Erscheinungen breit machen, die Solidargemeinschaft

ISOR zu verlassen. Um so mehr freut es uns, dass wir im Statistikzeitraum bis 31.03.11 zwei neue Mitglieder gewinnen konnten. Solidarität ist ein wichtiger Garant auf Siegesaussichten und ich erinnere mich gern an unsere Ehrenurkunde anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR, die mit dem Zitat von Bertolt Brecht versehen ist »...und nie vergessen, die Solidarität«. Und ich sage: »Denn Solidarität hilft siegen«.

Manfred Pietschmann



Bewährte Traditionen

Wie seit vielen Jahren führte unser Landesbeauftragter für **Mecklenburg-Vorpommern** Siegfried Felgner mit Vorstands- und Beiratsmitgliedern sowie den Vorsitzenden größerer TIG Anfang März eine Beratung durch. Es gab wertvolle Anregungen für die eigene Arbeit. Einige davon möchte ich hervorheben. Im Mittelpunkt standen besonders die Schwerpunkte:

- Wie gelang die Umsetzung der Aufgaben gemäß unseren Arbeitsgrundlagen, und was haben wir nach der letzten Vertreterversammlung erreicht?
- Ausbau der Bündnisse mit anderen Vereinen und mit Parteien,
- weitere Mitgliedergewinnung sowie die allgemeine Lage in den TIG.

Festgestellt wurde eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Leitungsebenen. Bewährt haben sich die Arbeitsordnungen für den Vorstand und Beirat. Ein konkretes Ergebnis besteht u.a. darin, dass keine organisatorischen Versäumnisse im Land aufraten. Rechtzeitig konnte auf Fragen und Probleme reagiert werden. Vorstands- und Beiratsmitglieder nehmen entsprechend den Gegebenheiten an Vorstandssitzungen und Versammlungen teil. Entscheidend dabei ist der wechselseitige Kontakt, gleich in welcher Form. Nach den monatlichen Beratungen in Berlin und bedeutsamen Ereignissen, werden die Beiratsmitglieder unmittelbar vom Landesbeauftragten informiert, die darüber ihre TIG in Kenntnis setzen. So wurde und wird stets die Aktualität gesichert. Drei Beiratsmitglieder sind zugleich TIG-Vorsitzende. Das ermöglicht eine zusätzliche direkte Praxisbezogenheit.

In den zurückliegenden Monaten fand die Entscheidung des BVerfG zum § 6 Abs. 2 AAÜG und die Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Bundestages die besondere und anhaltende Aufmerksamkeit unserer Mitglieder. Die Ablehnung durch das BVerfG, abweichend von vorherigen juristisch fundierten Entscheidungen, ließ das Vertrauen in den Rechtsstaat weiter sinken. Eine Reihe unserer Mitglieder, die noch vom Rentenstrafrecht betroffen sind, sehen darin ein böses Omen für künftige Entscheidungen des BVerfG. Doch sie wissen auch, es gibt keine andere Alternative, als unseren juristischen Weg bis zum Ziel zu verfolgen. Wer aber deshalb den Kampf aufgeben würde, beginge Verrat an der

Von Mitglied zu Mitglied:

Urlaub im Thüringer Wald

Gasthaus & Pension »Forsthaus Augustenthal« 96529 Mengersgereuth-Hämmern Tel. 03675/ 746129 www.augustenthal.de info@augustenthal.de



Urlaub in der **Zentral-Lausitz** – Pückler-Park, Findlingspark, Görlitz, Niesky, Weißwasser in der Nähe. Ü/F, HP möglich, FeWo Gr. Garten, ruhige Waldlage, ND z. Frühstück Busfahrten – Hotelpension Weiser Tel.: 035894 / 30470 www.pensionweiser.de



Komf. FeWo/-Zimmer 4 Sterne, Pros. Anf. **Schleusingen/Thür./Nähe Rennsteig** Tel.: 036841 47598 www.ratschererhoehe.de

Solidarität der vom Rentenstrafrecht nicht mehr betroffenen Mitgliedern.

Erfolgreiche Erfahrungen in der Bündnisarbeit konnte die TIG Neubrandenburg vorweisen. Die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen wie GBM, RotFuchs u.a. einschließlich der Linkspartei wurde in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut. Nach Absprachen wurden Landtagsabgeordnete kontaktiert. Die Antworten auf Fragen, die alle Ostrentner betreffen, fielen unterschiedlich aus. Etwas anderes als die Stellungnahmen der Parteien zum Antrag der Partei DIE LINKE im Bundestag, zur Schließung der Lücken bzw. Nachteile der Ostrentner, war auch nicht zu erwarten.

Die Angleichung des Rentenwertes Ost bildet die objektive Grundlage, die Anstrengungen aller betroffenen Ostrentner zu bündeln. Dies bedarf geduldiger gemeinsamer Kleinarbeit. Dem Ausbau dieser Bündnisarbeit müssen wir insgesamt mehr Aufmerksamkeit widmen. Die bevorstehenden Landtagswahlen veranlassen die Parteien, mehr auf die Wähler zuzugehen, wenn sie denn dazu gefordert werden. Über ähnliche Erfahrungen konnte die TIG Prenzlau berichten. Zur Versammlung wurden u.a. Bundestagsabgeordnete eingeladen. Versammlungen mit anderen Sozialverbänden bzw. größere TIG haben dabei den Vorteil, mit einem vollen Saal in der Einladung zu werben. Als selbstverständlich gilt, ohne Wenn und Aber, die Partei und Personen zu unterstützen, die bisher für Rentengerechtigkeit eintraten.

Der Mitgliederbestand konnte im Land im Wesentlichen gehalten werden. Erneute Erfolge in der Gewinnung von Mitgliedern erreichte die TIG Güstrow. Verstärkt wurden ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe angeprochen, als Mitglied für die Anrechnung von

Zulagen und Zuschlägen zu kämpfen. Dieser Fakt und das allgemeine Unbehagen über die verschleppten Rentenprobleme in den neuen Bundesländern, sollten zur Stärkung unserer

Reihen systematischer genutzt werden.

In der Beratung wurde erneut die wichtige Rolle der aktiven Mitglieder in den Vorständen, Betreuer, Kassierer u.a. für die zu leistende Ar-

beit und unseren Verein hervorgehoben. Die bisherige Arbeit aller wurde von unserem Landesbeauftragten ausdrücklich gewürdigt.

Hans Schneider

Bei anderen gelesen:

Freispruch rechtskräftig

In der Ausgabe der Mitteilungen vom Dezember 2010 konnten wir berichten, dass der Prozess gegen unsere Freunde und Genossen Wolfgang Schwanitz und Arnold Schölzel wegen angeblicher Beleidigung des Herrn Knabe auch in zweiter Instanz vor dem Landgericht Berlin mit einem Freispruch endete. Die Berufung gegen das bereits freisprechende Urteil des Amtsgerichts Tiergarten wurde verworfen. Die umstrittene Äußerung in einem JW-Interview ist nach Auffassung der Strafkammer - im Gegensatz zur Position der Staatsanwaltschaft - im konkreten Fall die Wahrnehmung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und keine Ehrverletzung. Für diese Beurteilung war nicht unbedeutlich, dass in verschiedenen Publikationen Knabes auch W. Schwanitz grob angegriffen wurde. Erinnert sei in diesem Zusammenhang z.B. an die diffamierenden Äußerungen im Buch: »Die Täter sind unter uns«. Diese Entscheidung des Landgerichts Berlin ist nunmehr rechtskräftig, da die Staatsanwaltschaft die Revision zurückgenommen hat.

H. Bauer

(Aus: grh Mitteilungen 3/11)

Aus unserer Postmappe:

Eröffnung der Ruth Werner Ausstellung in Carwitz

Am Geburtstag der Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner am 15.05.2011 wird die Ausstellung zu ihrem Leben und Werk nach der Winterpause wiedereröffnet.

Der Ruth-Werner-Verein lädt herzlich zu dieser Feierstunde ein. Die Eröffnung wird von 10:00-11:30 Uhr in 17258 Carwitz, in dem »Scheunenladen« Carwitzer Straße 33, stattfinden.

Im Namen der Mitglieder des Ruth-Werner-Vereins möchte sich der Vorstand speziell bei den Mitgliedern der ISOR e.V. für die im vergangenen Jahr geleistete und außerordentlich großzügige Unterstützung bedanken.

Die Vereinsanschrift und die Kontoverbindung haben sich geändert.

Anschrift: Ruth-Werner-Verein, c/o Tobias Hecht, Neue Straße 8, 17258 Feldberg

Tel.: 039831-140000

<http://ruth-Werner-carwitz.de>

info(@ruth-werner-carwitz.de)

Bankverbindung des Vereins:

Raiffeisenbank Mecklenburger Seenplatte e.G.

BLZ: 15061618 Kto.-Nr.2076020

Gerd Lange TIG Neustrelitz

Auf dem Büchermarkt:

Erich Buchholz

DDR-Strafrecht unterm Bundesadler

Kai Homilius Verlag Berlin 2011

ISBN 978-3-89706-832-2

Prof. Dr. Erich Buchholz legt eine Analyse der politisch motivierten Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger nach 1990 vor. Er belegt, dass das DDR-Strafrecht dazu passend gemacht werden musste, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um Verfolgungen auf der Basis geltenden Rechts, nicht aber um Verletzungen des Rückwirkungsverbots im Strafrecht, wie es zeitkritische Juristen dokumentierten.

Das Buch füllt eine Lücke in der juristischen Fachliteratur dieser Jahre. Es dokumentiert politische Entwicklungen nach dem Untergang der DDR und ist ein unverzichtbares Standardwerk für die rechtshistorische Arbeit.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.03.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.04.2011

Einstellung im Internet: 06.05.2011

Auslieferung: 12.05.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr